

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zum Erfordernis der Normalisierung: Auf absehbare Zeit zwei deutsche Staaten.

Seite 1

Lothar Fischer MdB zum Wert von Experimenten unter Schwerelosigkeit: Raumfahrt mit wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Nutzen.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB zur Notwendigkeit umweltschonende Erzeugnisse billiger anzubieten: Umweltschutz über den Geldbeutel!

Seite 5

44. Jahrgang / 105

6. Juni 1989

Auf absehbare Zeit zwei deutsche Staaten

Ein Plädoyer für das Bemühen zur Normalisierung

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung

Wie geht es in den deutsch-deutschen Beziehungen weiter?

Antworten auf diese Frage sind erst sinnvoll, wenn zuvor die Prämissen offengelegt werden. Es gibt offenbar zwei konkurrierende Prämissen. Geht man von der Annahme aus, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist - beschleunigt durch den Gorbatschow-Kurs in der Sowjetunion -, bis die Wiedervereinigung Deutschlands vor der Tür steht, dann braucht man nur noch abzuwarten, aber auf keinen Fall weiter Politik mit der DDR-Führung zu machen. Dies wäre eine Nation im Wartesaal! Das Gegenteil von Politik.

Ich gehe von einer anderen Annahme aus, die ich in Stichworten wie folgt umschreibe:

Auf absehbare Zeit wird es zwei deutsche Staaten geben. Sie haben für ihre Beziehungen eine gemeinsame Basis verabredet, den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag, der unbefristet gilt. Sie haben gemeinsam verabredete Instrumente und sich auf das Ziel der Normalisierung verständigt. Beide gehören zum europäischen Staatensystem. Es ist kein Land in Ost und West zu sehen, das diesen Status quo verändern will. Die DDR ist unser Vertragspartner, die SED ist unser politischer Gegner.

Für die Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen gibt es drei Orientierungs- beziehungsweise Anknüpfungspunkte:

- die Gemeinsame Geschichte bis zur Teilung und Trennung,
- die unmittelbare Nachbarschaft,
- die friedenspolitische Verantwortung beider deutscher Staaten.

Daraus lassen sich eine Reihe von politischen Aktivitäten ableiten. Dabei ist die Konzentration auf das Machbare unterhalb des Grundsatz-Dissenses notwendig. Es gilt, aus dem Problemhaushalt deutsch-deutscher Beziehungen das Verhandlungsfähige herauszufinden!

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



Bei den Antworten auf die Frage danach, wie es in den deutsch-deutschen Beziehungen weitergehen soll und kann, sollte bei den Defiziten angefangen werden. Dieses Defizit steckt bereits in meiner Eingangsbemerkung, wonach viel erreicht wurde, aber die Beziehungen mit der DDR vom Erreichbaren noch ein Stück entfernt sind. Ich sehe insbesondere drei Defizite:

- Vollzugsdefizite,
- Innovationsdefizite,
- Komplettierungsdefizite.

Zahlreiche deutsch-deutsche Verabredungen und Absichtserklärungen sind noch nicht realisiert beziehungsweise nur unzulänglich politische Praxis geworden. Man schaue sich nur die Absichtserklärungen im Kommuniqué nach dem ersten Besuch eines DDR-Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik vom September 1987 an und vergleiche diese mit der empirisch faßbaren deutsch-deutschen Wirklichkeit! Wobei anzumerken ist, daß es nicht nur bei den bilateralen Verabredungen Defizite gibt, sondern auch bei den multilateralen Übereinkommen! Ich nenne nur als Bezugsdokumente die KSZE-Schlußakte sowie das Wiener Dokument nach der dritten KSZE-Nachfolgekonferenz mit erheblichen Festlegungen für die deutsch-deutschen Beziehungen, aber auch die beiden Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1966, denen beide deutsche Staaten rechtsverbindlich beigetreten sind. Auf die DDR-Führung kommt hier - mehr als auf die Bundesregierung - noch viel Arbeit zu. Denn Norm ist nicht Wirklichkeit!

Innovationsdefizite sind insbesondere in der ökonomischen wie ökologischen Zusammenarbeit auszumachen. In beiden Bereichen gibt es gemeinsame Interessen, gute Ideen, einen hohen Grad an Dringlichkeit, entsprechende Absichtserklärungen von Bundesrepublik und DDR - aber erhebliche Handlungsdefizite.

Es gibt nicht nur Vollzugs- und Innovationsdefizite, sondern auch Komplettierungsdefizite in den deutsch-deutschen Beziehungen. Komplettierungsdefizite gibt es von unterschiedlichem Gewicht und auf den verschiedensten Ebenen. Dazu zwei Beispiele:

- Noch fehlt ein Rechtshilfeabkommen, das wegen des bislang nicht überbrückbaren deutsch-deutschen Gegensatzes in der Staatsbürgerschaftsfrage nicht zustande gekommen ist.

Damit aus den Verhandlungen, die seit 1974 laufen, keine „unendliche Geschichte“ wird, sollte eine deutsch-deutsche Expertenrunde Varianten eines Lösungsvorschlages ausarbeiten!

- Das größte und überflüssigste Komplettierungsdefizit sehe ich im Fehlen der sicherheitspolitischen Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen.

Bundesrepublik und DDR haben sich bereits im Artikel 5 des Grundlagenvertrages - wie in der mit diesem Vertrag verabredeten sicherheitspolitischen Konsultation - zur sicherheitspolitischen Rolle beider deutscher Staaten bekannt. Die sicherheitspolitische Verantwortung beider deutscher Staaten ist im Kommuniqué nach dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik bekräftigt worden.

Bundeskanzler Kohl bewies Mut, als er den Staatsratsvorsitzenden der DDR protokollarisch wie ein ausländisches Staatsoberhaupt behandelte. Diesen Mut hatte der Bundeskanzler nicht, als es um die Beantwortung der Frage ging, auf welche sicherheitspolitischen Initiativen sich die beiden deutschen Staaten verständigen könnten.

Wer eine sicherheitspolitische Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen fordert, muß zunächst einem Mißverständnis vorbeugen und zumindest zwei Fragen beantworten. Begegnet werden muß dem Mißverständnis, eine Politik mit dem Versuch, die Folgen der Teilung Deutschlands für die Menschen in beiden deutschen Staaten erträglicher zu machen („klassische Politik mit der DDR“), sei nicht mehr notwendig. Die sicherheitspolitische Komponente soll nicht etwa an die Stelle der klassischen Deutschlandpolitik treten, sondern diese ergänzen. Zwei Fragen stellen sich: Welche sicherheitspolitischen Themen eignen sich besonders für eine deutsch-deutsche Erörterung? Und: Was sind die Prämissen (Prinzipien) für eine deutsch-deutsche Sicherheitspolitik?

Die Prämissenfrage muß geklärt werden, damit nicht ein sicherheitspolitischer Voluntarismus Platz greift beziehungsweise unnötige Irritationen bei unseren Nachbarn aufkommen. Es gibt im wesentlichen drei Prämissen, die zugleich Erfolgsbedingungen deutsch-deutscher Sicherheitspolitik sind:

- Beide deutschen Staaten sprechen als loyale Partner ihrer jeweiligen Bündnisse miteinander.
- Für den Erfolg deutsch-deutscher Sicherheitspolitik ist wichtig, daß Bundesrepublik und DDR von den Themen her direkt betroffen und direkt beteiligt sind.

Und schließlich die dritte Erfolgsbedingung:

- Multilaterale Bündnisentscheidungen dürfen nicht bilateral „ausgehebelt“ werden.

Auf einer solchen Prämissengrundlage sind der Phantasie bei der Auswahl der Themen (die von den vertrauensbildenden Maßnahmen über konventionelle Abrüstung bis hin zu einer chemiewaffenfreien Zone reichen) prinzipiell keine Grenzen gesetzt.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es von Seiten der Bundesregierung, insbesondere von ihrem CDU/CSU-Teil Einwände gegen die Einbeziehung einer sicherheitspolitischen Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen gibt. Der Haupteinwand lautet: Die DDR habe keinen sicherheitspolitischen Handlungsspielraum. Ein solcher Einwand ist im Grunde genommen eine reine Spekulation, solange die Bundesregierung den Handlungsspielraum der DDR nicht auslotet. Das heißt, es käme darauf an, in direkten Verhandlungen beziehungsweise Gesprächen zu testen, wie groß der sicherheitspolitische Handlungsspielraum der DDR-Führung tatsächlich ist. Bei dieser Gelegenheit könnte die Bundesregierung ihren sicherheitspolitischen Handlungsspielraum unter Beweis stellen!

Es kommt darauf an, daß die Regierungen beider deutscher Staaten den jeweils beteiligten Diplomaten Mandate für ergebnisorientierte Konsultationen geben, also über die bislang übliche gegenseitige Information über sicherheitspolitische Sachverhalte hinausgehen. Warum sollte man nicht auch über eine deutsch-deutsche Sicherheitskommission nachdenken?

Im übrigen: Warum sollten nicht auch die beiden deutschen Verteidigungsminister miteinander sprechen? Und: Warum verhält sich die Bundeswehrführung so ängstlich bei der Frage eines angebotenen Gedankenaustausches von NVA-Offizieren und Bundeswehrangehörigen? Die Bundeswehr betreibt Gesprächsverweigerung ohne jeglichen nachvollziehbaren Grund!

Gesprächs- und Themenverweigerung dürfen in den deutsch-deutschen Beziehungen keinen Platz haben.

Zum Abbau der hier angedeuteten Defizite brauchte man keinen neuen Grundlagenvertrag, wie gelegentlich gefordert wird, vielmehr ist hier der politische Wille und die Bereitschaft zu Kompromissen auf der Basis des bestehenden Grundlagenvertrages sowie der Ost-West-Verabredungen entscheidend.
(-/6.6.1989/vo-he/rs)

Diese Gedanken trug der Autor im Rahmen seines Referates „Normalisierung oder Wiedervereinigung - wie geht es weiter in den deutsch-deutschen Beziehungen?“ am 1. Juni vor dem Gesprächskreis Wissenschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung vor.

* * *

Raumfahrt mit wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Nutzen

Zum Wert von Experimenten unter Schwerelosigkeit

Von **Lothar Fischer** MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Vor dem Hintergrund einer weit verbreiteten Kritik von Wissenschaft und Wirtschaft an den Raumfahrtgroßprojekten (ARIANE, COLUMBUS, HERMES) gewinnen wissenschaftlich und wirtschaftlich interessante Schwerelosigkeitsexperimente an aktueller Bedeutung.

Während es dem Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber trotz mehrfacher Aufforderungen nicht gelungen ist, weiten Kreisen der Wirtschaft seine Weltraumeuphorie nahezubringen und sie zur größeren Teilnahme an seinen Raumfahrtplänen zu bewegen, stoßen Mikrogravitationsexperimente mit überschaubaren Kosten und erkennbaren wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen auf breites Interesse.

Diese in vielen Augen optimale Nutzung der nationalen Raumfahrtmöglichkeiten wird durch vier aufeinander abgestimmte Programme für Schwerelosigkeitsexperimente zur Zeit erprobt beziehungsweise befindet sich in der Planung.

1. Mit dem TEXUS-Programm (Technologische Experimente unter Schwerelosigkeit) werden material- und biowissenschaftliche Untersuchungen mit dem Einsatz von Forschungsraketen durchgeführt. In 270 Kilometer Höhe und sechs Minuten Schwerelosigkeit laufen die Experimente, in die durch Fernsteuerung (Telesciene-Technik) jederzeit eingegriffen werden kann, ab.
2. Bei der Fallkapsel MIKROBA werden die Experimentiergeräte mit Hilfe eines Stratosphärenballons in 40 Kilometer Höhe transportiert. Die Kapsel wird per Telekommando abgeworfen und die Versuche finden bei einer Dauer von einer Minute Schwerelosigkeit statt.
3. Der Netzbachschacht in der saarländischen Grube Camphausen ist für Kurzeitexperimente unter Schwerelosigkeit gedacht. Der 1.185 Meter tiefe Schacht erlaubt Experimente von zehn bis zwölf Sekunden Dauer. Der unter anderem auch vom ehemaligen Astronauten Professor Reinhard Furrer befürwortete Schacht würde die Lücke innerhalb der Schwerelosigkeitszeiten zwischen TEXUS, MIKROBA und dem im Bau befindlichen Bremer Fallturm sinnvoll schließen. Diese Anlage im Zentrum Europas wäre die größte derartige Versuchsanlage der Welt, würde den dringend nötigen Strukturwandel im Saarland unterstützen und das für den geplanten Binnenmarkt wichtige Bundesland mit dieser Zukunftstechnologie einen großen Schritt weiterbringen.
4. Schließlich wird der 146 Meter hohe Fallturm „Bremen“ für Mikrogravitationsexperimente von 4,7 Sekunden Dauer in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen.

Die Forschung unter Schwerelosigkeit ist eine noch relativ junge Disziplin; für die Untersuchungen von physikalischen, chemischen und biologischen Systemen bei Wegfall der Schwerkraft gibt es daher noch große Entwicklungsmöglichkeiten. Die oben angegebenen Programme finden im Unterschied zu den risikoreichen und kostenaufwendigen Raumfahrt-Großprojekten bei Wissenschaft und Industrie viel Interesse. Die Vorteile der aufgezeigten vier Mikrogravitationsprogramme liegen auf der Hand. Es können systematische Untersuchungen durchgeführt werden, die „Flugkosten“ sind gering, die Versuche können ohne großen Aufwand wiederholt werden und das Interesse an diesen Experimenten in gravitationsfreier Umgebung ist so groß, daß schon heute die Anzahl der Experimentenvorschläge die Kapazität bestehender Flugmöglichkeiten übersteigt.

Die Experimente beweisen, daß Raumfahrtaktivitäten auch auf breite Zustimmung stoßen können, wenn Forschungsmittel in wissenschaftlich sinnvolle und wirtschaftlich erfolversprechende Programme gesteckt werden, statt in aufwendige Großprojekte mit kaum erkennbaren Nutzen.

(-/6.6.1989/vo-he/rs)

* * *

Umweltschutz über den Geldbeutel

Zur Notwendigkeit umweltschonende Erzeugnisse billiger anzubieten

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Es ist grau, nicht blütenweiß wie die daneben gestapeite Alternative, wohl auch ein wenig rau, wo diese flauschig wirkt. Es trägt natürlich auch keine bunten Blümchen, die aus einem so profanen Artikel einen lustigen machen. Nein, es trägt, auf jedem fünften Blatt, einen blauen Stempel. Auf dem steht, kreisrund gedruckt: „100 Prozent Recycling. Ungebleicht. Garantie. Ungefärbt.“ Und darunter: „Danke.“ Das Klopapier, das ich meine, besteht aus wiederverwendeter Altware. Zweitausend Blatt in Grau kosten knapp zwei Mark, mehr als zweitausend Blatt in Blütenweiß. Ich nehme es mit aus dem Supermarkt, zahle den Mehrpreis und verstehe - zu Hause, nach jedem fünften Blatt - das „Danke“ als ein „Vergelt's Gott“ für mein Umweltbewußtsein.

Ich nehme auch das Apfelmus aus der „Bio-Ecke“, über die mein Supermarkt seit geraumer Zeit, wie die meisten anderen auch, verfügt. Das halbe Kilo kostet zwar mehr als das ganze im Regal nebenan, wo das „normale“ Sortiment aufgebaut ist, aber ich will Mus von ungespritzten Äpfeln, und außerdem will ich den ökologischen Landbau zu vermehrter Produktion ermutigen.

Ich freue mich darüber, daß die „grünen“ Batterien, die ohne Quecksilber, jetzt schon genauso billig (oder teuer) sind wie die konventionellen, kaufe also auch sie.

Doch, im Bio-Laden neben meinem Supermarkt, da stoße ich an die Grenzen meines Umweltbewußtseins; Die verschrumpelten Äpfel, die da so grüngrau und irgendwie traurig aus einer Kiste gucken, die kaufe ich nicht. Dafür nehme ich das Siebenkornbrot, ein Einpfünder, das man mir in einen Bogen grauen Papiers einschlägt. Der Stempel „Danke“ fehlt, teurer als ein entsprechendes Stück konventionellen Backwerks ist es dennoch.

Ich lasse mir den Schutz der Natur etwas kosten. Gut ein Drittel der Bundesbürger sagen das von sich auch. Nur, eben im Supermarkt, griff nur einer von acht oder neun, die ich beobachtete, nach Milch in der Flasche. Und auch die Obstsaft trugen weitaus die meisten der Kunden in Plastiktüten nach Hause. Hat sich ein Statistiker verzählt? Ein Wissenschaftler, der sich mit diesem Auseinanderklaffen von Bewußtsein und Handeln befaßte, hat kürzlich dazu gesagt: Nur bei fünf bis zehn Prozent der Bundesbürger unterstelle er eine Harmonie von Selbstbild und Alltagspraxis. Also alles reine Heuchelei? Oder liegt die Ursache für die Kluft zwischen Denken und Tun woanders?

Ich denke, das Prinzip ist es, nach dem diese individuellen Formen von Umweltvorsorge laufen: Solange ich jedesmal, wenn ich umweltbewußt einkaufe, mehr bezahlen muß, als wenn ich das nicht tue, muß ich nicht nur über meinen eigenen Schatten springen, ich muß es mir auch leisten können. Viele aber müssen mit dem Pfennig rechnen, selbst wenn sie auf das blütenweiße Geblümte liebend gern verzichten würden, aber - Umwelt hin, Umwelt her - es ist nun mal billiger.

Solange umweltbewußtes Verhalten nicht über den (niedrigeren) Preis für ein entsprechendes Produkt nicht belohnt wird, sondern bestraft, solange wird sich die Lücke zwischen Denken und Tun nicht schließen. Weder auf der Seite des Produzenten, noch auf der des Konsumenten. Denn: Diejenigen, die weder als Erzeuger, noch als Verbraucher umweltbewußt handeln, haben den geldwerten Vorteil und damit Wettbewerbsvorteil. Genau umgekehrt würde ein Schuh draus, und genau da setzen Überlegungen an, die auch in der SPD immer konkreter gefaßt werden. Schlagwort dafür: Öko-Steuer.

Das Prinzip dieser „Steuer für die Umwelt“ klingt einfach: Niedrige oder gar keine Steuerbelastung auf Güter, die umweltverträglich sind, höhere oder hohe Steuerbelastung auf die Güter, deren Produktion oder die selbst umweltbelastend sind. Aber: Wie stellt man fest, was welchen ökologischen Schaden nun genau hervorgerufen hat oder hervorruft? Wie bewertet man diesen Schaden in Mark und Pfennig? Was zum Beispiel kostet eine ausgestorbene Vogelart?

Solche Fragen stellen nicht nur die Gegner eines solchen ökologischen Steuersystems, das - im Gegensatz zu dem, was uns die gegenwärtige Bundesregierung in den letzten Jahren beschert hat, - wirklich die „große Steuerreform“ sein kann. Aber es gibt ökologische Schäden, die man schon relativ rasch bewerten kann: Eine Energiesteuer könnte die Energieerzeugung treffen, einen der größten Schadstoffproduzenten, und würde gleichzeitig einen sparsamen Umgang mit Energie fördern.

Aber auch die gegenwärtigen Kosten halbwegs umweltfreundlicher Beseitigung von Schadstoffen sind ein Maßstab für künftige Steuerbelastungen. Zum Beispiel bei Kunststoffverpackungen, überhaupt bei Verpackungen, bei Batterien, bei Lacken und Farben, bei Waschmitteln, bei Waschmaschinen mit hohem Wasser- und Energieverbrauch, bei Kühlschränken mit hohem Energieverbrauch und mit umweltschädlichen Kühlmitteln. Über den Preis steuernde, umweltschützende Funktion könnten höhere Steuern auf Stickstoffdünger, auf synthetische Pflanzenschutzmittel, auf den Wasserverbrauch haben.

Damit sich dies nicht alles in einer noch höheren Belastung der Bürger niederschlägt, müßte die erreichte hohe Steuerlast- und Abgabenquote reduziert werden. Denn: Die Gesamtsteuerlast und die der Sozialabgaben sollte sich nicht erhöhen.

Ein solches ökologisches Steuersystem verteuert umweltbelastende Produkte. Die Verbraucher haben die Wahl, auf umweltschonende Erzeugnisse auszuweichen. Die Industrie hat die Möglichkeit, ihre Produktion auf diese umzustellen, neue umweltfreundliche Technologien zu entwickeln.

Mit der Belastung der Produkte bei gleichzeitiger Entlastung der Bürger von Lohn-, Einkommensteuer und Sozialabgaben tritt zugleich ein wichtiger „Nebeneffekt“ ein: Die Arbeitskosten werden niedriger. Das heißt: Es lohnt sich, in Beschäftigung zu investieren, Arbeitsplätze zu schaffen. Und: Schwarzarbeit lohnt sich nicht mehr, die bisher nur darauf zielt, Steuern und Sozialabgaben zu sparen.

Die Sache scheint kompliziert, und sie ist es auch. Ich denke aber, die „Öko-Steuer“ weist einen Weg, der uns von bloßen Appellen und löcherigen Verboten wegführt und durchgreifende Lösungen näherbringt. Sie schließt die Kluft zwischen Denken und Tun. Und sie tut dies auf der Basis einer, leider, atthergebrachten Erfahrung: Der empfindlichste Punkt unserer Wirtschaftsordnung ist nach wie vor der Geldbeutel.

(-/6.6.1989/vo-he/rs)

* * *